Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis [illegible] monatlich 6,00 M., durch die Post [illegible] 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 4,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,60 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegeinlieferung 40 Pf.

Nr. 59 | Dresden, Freitag den 11. März 1921 | 32. Jahrg.

Lloyd George rechtfertigt sich

London, 10. März. Im englischen Unterhause erklärte [illegible] der Arbeiterpartei sei, daß keinerlei [illegible] um eine Lösung auf dem Wege [illegible] zu erreichen. Die Arbeiterschaft sei der [illegible] Unternehmens zu erreichen [illegible] von Sanktionen [illegible] wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands [illegible] werde. [illegible] Deutschland [illegible], wodurch die Regierung keine Schritte [illegible] den deutschen Vorschlägen zuzustimmen. [illegible] mit Lloyd George darin [illegible], daß der [illegible] Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, [illegible] in Versuch zu geben.

[illegible] bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste [illegible]. Für die bisherige [illegible] selbst verantwortlich [illegible], als die Deutschen um eine [illegible]. Das Geld könne niemals durch [illegible] Maßnahmen eingetrieben werden. [illegible], um den Kriegen ein Ende zu machen, [illegible] einen Frieden, der weitere Kriege zur [illegible]. Einer fragt, ob denn der Völkerbund so [illegible] und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge [illegible]. Die Verantwortung für die bisherigen [illegible] Regierung zu überlassen.

Lloyd George führte aus, die Rede von Simons könne [illegible] Erfolg haben, daß der Widerstand Deutschland [illegible]. Die aufgestellten Zahlen seien von den alliierten [illegible] noch eingehender Beratung mit den deutschen [illegible] worden. Nachdem die [illegible] alles gehört hatten, was die deutschen Sachverständigen [illegible] zu sagen hatten, seien sie zu dem Schluß gekommen, [illegible] Deutschland zahlen könne. Es sei wirklich keine übermäßige [illegible], daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren 100 Millionen [illegible] Pfund Sterling plus zwölf Prozent seiner Ausfuhr bezahle [illegible] im letzten Jahre, abgesehen davon, was [illegible] für Reparationen geleistet wurde, [illegible] 200 Millionen [illegible]. Das bedeutet, daß Deutschland 100 Millionen [illegible] sollte.

Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb [illegible] Vorschlag nicht angenommen worden sei, es [illegible] gemacht worden, daß Oberschlesien [illegible] bleibe. Die Deutschen wären später zurückgekommen [illegible], es tue ihnen sehr leid, aber ein Dorf in Oberschlesien [illegible] Polen übergegangen (!). Wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands vermindere, so gehe auch der Ausfuhrzoll, [illegible] Deutschland zahlen müsse, herab. Es handelt sich weder um eine englische, noch um eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären, es [illegible] um eine gerechte Forderung an Deutschland, die erfüllt werden müsse und zugleich, wenn man auf ihrer Erfüllung bestehe, sagen, man bringe Europa in Verwirrung. [illegible] erzwungen werden. Er wolle sogar noch weiter [illegible] sagen, man würde nie zu einer Einigung mit Deutschland gelangen, wenn Deutschland wisse, daß sie unter seinen [illegible] erzwungen werde. Angenommen, Deutschland [illegible] die Ansicht des englischen Volkes in dieser Frage [illegible], und daß, trotzdem das englische Volk der Ansicht sei, [illegible] gerechte Forderung, es sie niemals erzwingen würde. — [illegible] irgendeine deutsche Regierung verantworten [illegible]?

Lloyd George sagte, er wolle kein hartes Wort gebrauchen, das [illegible] verbessern könne. Aber die Deutschen hätten ihre [illegible] mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Sie [illegible] öffentliche Meinung, die nur mit der einen Seite des [illegible] bekanntgemacht werde. (?) Sie nähmen nicht die Verantwortung für den Krieg auf sich und glauben nicht, daß sie für die Verwüstungen Frankreichs und Belgiens verantwortlich seien. Es [illegible] Deutschland in seinem eigenen Interesse klargemacht werden, daß die Alliierten gemeinsam entschlossen seien, die berechtigten [illegible] an Deutschland innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu erzwingen. Ohne dies werde es niemals zu einer Regelung kommen.

Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Prozent des Wertes eingeführter [illegible] Lloyd George, [illegible] die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen [illegible] zu [illegible], so sei sie [illegible] eigene Gesetz [illegible] deutschen Handel zu [illegible]. Die englischen [illegible] Waren, [illegible] für England unentbehrlich seien, [illegible] Vorräte in Deutschland [illegible] 12 bis 14 Monate, [illegible]. Außerdem sei Deutschland durch [illegible] Vertrag verpflichtet, auf Anforderung zu [illegible] die Alliierten in der Lage, eine besondere Methode, um das Geld einzutreiben, zu erzwingen. Zugleich sei dies, abgesehen von den [illegible], die beste Art, um der Lage zu begegnen, und er glaube nicht, daß sie für Deutschland selbst unannehmbar sei.

Lloyd George erklärte weiter: Außerdem müsse noch etwas an andere Länder an England, Frankreich, Belgien und Italien [illegible] werden, und dies könne man auf dem Wege einer Art von [illegible] erreichen. [illegible] 60 Millionen Pfund Sterling werden von Deutschland nach England [illegible]. Dieses Jahr würden es wahrscheinlich 50 [illegible] Millionen werden. Davon würden nach Abzug aller Verpflichtungen etwa 20 Millionen Pfund Sterling übrigbleiben. Es könne keine größere Gefahr geben, als wenn die [illegible] Millionen [illegible] Deutschlands und Österreichs zur Verzweiflung getrieben würden, er sei der letzte, der irgend was tun würde, um sie zur Verzweiflung zu treiben. Aber er sei überzeugt, daß Deutschland seinem Problem eher ins Auge sehe, wenn die Alliierten es Deutschland klar machen, daß sie nicht nachgeben.

Lloyd George erklärte, Deutschland muß vertreiben [illegible] wollen, daß es bis zur [illegible] seiner Leistungsfähigkeit zahlt. Wenn Deutschland auf der [illegible] 42 Jahre und zu lang und bedeuten Knechtschaft und Sklaverei von Generation zu Generation, wir wollen die Jahreszahlungen so ordnen, daß wir den Zeitraum abkürzen können, das wäre nicht nur zum Vorteil Deutschlands, sondern auch in unserm eigenen Interesse gewesen. Wenn Deutschland gesagt hätte, die 12prozentige Abgabe ist kein gutes Verfahren. Wir schlagen diesen oder jenen andern Weg vor, dann würden wir darüber geredet haben. Was taten die Deutschen aber? Erst ganz zu Ende und nach einem Ultimatum kamen sie mit 5 Jahren und vorausgesetzt, daß Oberschlesien nicht gegen sie stimmt. Dabei war kein Nachweis einer Zahlung. Wie konnten wir unter diesen Umständen sagen, daß die Grundlage für eine Regelung zwischen uns bestehe. Das war unmöglich.

So sehr sich auch Dr. Simons um eine Regelung bemühte, so mögte er doch nicht zu regeln. Um Deutschland von der Notwendigkeit einer Regelung zu überzeugen, sind wir zur Aktion übergegangen. Die Bill, die wir morgen einbringen, würde besser unter einem Abkommen wirken, als jetzt ohne Abkommen. Aber wirken wird sie, mit oder ohne Abkommen. Deutschland hat durch Widerstreben alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Ich meine nicht nur die Besetzung jener Städte, die eine sehr ernste Sache für Deutschland bedeute, [illegible] gesamte Ausfuhr nach [illegible] allen alliierten Ländern einbehalten werde. Wenn es dies jedoch tut, wird es eine solche Rate tatsächlich bekommen, wie kein großes Industrieland der Welt je erlebt hat. Wenn Deutschland begreift, daß die alliierten Mächte ohne Ausnahme beabsichtigen, gerecht und billig mit ihm zu verfahren, jedoch auch entschlossen sind, [illegible] über Deutschland aufzutreten, wird es zu einem viel besseren Abkommen gelangen, als wenn es ermutigt worden ist zu glauben, daß wir in unsern Ansichten geteilt sind.

Auf die Bemerkung Mac Maclean, es sei eine wahre Katastrophe, daß die Armeen wieder in Bewegung gesetzt worden seien, erwiderte Lloyd George, es sei Deutschlands Sache, ein Angebot zu machen, das als genügend angesehen werden könne. Wedgwood Benn erklärte, England dürfe nicht von Frankreich ins Schlepptau genommen werden, das nicht wolle, daß Deutschland wieder hergestellt wird. Der Arbeiterführer Thomas sagte, man müsse Deutschland fallenlassen. Indem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer schwierigen und heiklen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jetzt befolgt wird.

Die Gärung in Rußland

Ueber die Lage in Rußland durchschwirren die widersprechendsten Gerüchte die Luft. Den Times sind Telegramme zugegangen, nach denen die Revolutionäre sich Petersburgs mit Ausnahme von zwei Bahnhöfen bemächtigt haben. Die Roten Truppen erlitten schwere Verluste. — Times vernehmen ferner, daß alle Bolschewistenführer per Auto aus Petersburg geflüchtet sind. Der russischen Legation in Riga wird gemeldet, daß Krasnaja Gorka und Oranienbaum sich in Händen der Aufständischen befinden. — Daily Mail meldet aus Warschau, daß im bolschewistischen Hauptquartier neue Unruhen ausgebrochen sind.

Diese Meldungen sind jedoch wenig glaubwürdig. Zwar habe scheinbar die Gärung tatsächlich auch auf Krasnaja Gorka, das Fort, von dem aus das aufständische Kronstadt beschossen wurde, übergegriffen, aber nach einem Kopenhagener Telegramm haben die Bolschewisten die Unruhen unterdrückt und sind wieder Herr der Stadt. Trotzki befindet sich angeblich in der Stadt. In sieben vergeblichen Angriffen auf Kronstadt haben die Bolschewisten 700 Tote verloren.

Nach einer soeben in Wiborg eingetroffenen Nachricht ist in der Lage um Petersburg insofern eine Wendung zu verzeichnen, als Verhandlungen zwischen den Bolschewisten und den Aufständischen eingeleitet worden sind.

In Moskau ist ein Streikausschuß gebildet worden. Die bolschewistischen Behörden haben den Zentralausschuß der Menschewiki verhaftet. Bei den Zusammenstößen, zu denen es zwischen den Arbeitern und Bolschewisten kam, sollen etwa 800 Personen verwundet und gegen 50 getötet worden sein. Im übrigen werden auch Aufstände aus vielen der zentralen Gouvernements gemeldet.

Aus Paris wird gemeldet: In Pskow ist die Rote Garnison gleichfalls zu den Aufständischen übergegangen. Die Stadt befindet sich in den Händen des Revolutionskomitees. Die meisten der bolschewistischen Kommissare flüchteten aus Pskow, wurden jedoch in Isborsk verhaftet. Die Vertreter der bolschewistischen Regierung in der [illegible] verlassen ihre Posten. In Estland sind 25 bolschewistische Kommissare eingetroffen, die aus der Armee geflüchtet sind.

Eine neue Konferenz in Sicht?

Rotterdam, 11. März. Der Londoner Korrespondent des Algemeen Handelsblad drahtet: Allgemein herrscht hier die Ansicht, daß bald, vielleicht kurz nach der Abstimmung in Oberschlesien, eine neue Konferenz zwischen den Verbündeten und Deutschland stattfinden wird.

Die Lohnsteuer

Von Wilhelm Keil

Im Zusammenhang mit der dem Reichstag seit Ende Dezember vorliegenden Novelle zum Einkommensteuergesetz, die nun endlich verabschiedet werden soll, wird voraussichtlich auch die Entscheidung über die Umwandlung des Steuerabzugs in eine förmliche Lohnsteuer getroffen werden. Der schon vor einigen Wochen von der Reichsfinanzverwaltung entwickelte Plan, die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen zu vereinfachen, ist jetzt von den Regierungsparteien zu einem dem Steuerausschuß des Reichstags vorgelegten Antrag ausgearbeitet worden.

Nach dem geltenden Recht unterliegt das Lohn- und Gehaltseinkommen genau wie jedes andre Einkommen der Veranlagung. Der Arbeiter und der Beamte muß, wie jeder andre Steuerpflichtige, am Schluß des Steuerjahres eine Erklärung über die Höhe seines Einkommens und der gesetzlich zulässigen Abzüge abgeben. Die Steuerbehörde prüft diese Erklärung nach, vergleicht sie mit der vom Arbeitgeber eingeforderten Lohn- oder Gehaltsliste, berechnet die Steuer nach dem Tarif, der für die ersten tausend Mark steuerpflichtigen Einkommens 10 Prozent, für jede weitere 1000 Mark 1 Prozent mehr (mit verlangsamter Steigerung von 15 000 M. an) vorsieht, und stellt dem Steuerpflichtigen den Steueranforderungszettel zu. Der steuerpflichtige Arbeiter oder Beamte, läßt sich, wenn er die Steuer zahlt, auf Grund der geklebten Steuermarken oder der vom Arbeitgeber ausgestellten Quittung, die bereits abgezogenen Beträge anrechnen. Sind diese Beträge höher als die Steuerschuld, so hat er Anspruch auf Zurückerstattung der zuviel abgezogenen Summe, sind sie niedriger, so muß er den Fehlbetrag nachzahlen.

So steht's im Einkommensteuergesetz. Praktisch erprobt sind freilich diese Bestimmungen noch nicht. Man ist sich aber klar darüber, daß jeder Versuch, sie wörtlich durchzuführen, scheitern würde an der Unmöglichkeit, den etwaigen Fehlbetrag, der sich bei der großen Mehrzahl der Arbeiter und Beamten ergeben würde, einzutreiben. Waren die Steuersätze für die kleinen Einkommen schon zur Zeit der Beratung des Gesetzes übermäßig hoch, so sind sie durch die inzwischen eingetretene weitere Anschwellung der Lohn- und Gehaltsbezüge (mit geringerer Kaufkraft!) völlig unerträglich geworden, und die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist völlig außerstande, größere Restbestände nachzuzahlen.

Einmal aus diesem Grunde, zum andern auch um die Steuerbehörden von einem großen Teil des Veranlagungsgeschäfts zu befreien, soll nun die Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen so gestaltet werden, daß bis zur Einkommensteuergrenze von 24 000 M. die ganze Steuerpflicht durch den Abzug als gedeckt gilt. Der Steuersatz soll für alle Einkommen bis 24 000 M. gleichmäßig 10 Prozent betragen, die progressive Steigerung soll erst von diesem Einkommen an aufwärts in großen Stufen rasch ansteigen, um bei Einkommen von 100 000 M. an nahezu wieder dieselbe Wirkung zu erreichen wie der Tarif des geltenden Gesetzes.

An die Stelle des sogenannten steuerfreien Einkommensteils von 1500 M. für den Steuerpflichtigen selbst und 500 M. für jeden Haushaltsangehörigen soll ein Abzug von 120 M. an der Steuer für den Steuerpflichtigen und jeden Haushaltsangehörigen treten. Die Erfüllung der Steuerpflicht soll geschehen durch den zehnprozentigen Abzug am Lohn oder Gehalt. Dabei sollen im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen je 4 M. täglich, bei Berechnung nach Wochen je 24 M. wöchentlich, im Falle der Berechnung nach Monaten je 100 M. monatlich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende nicht steuerpflichtige Person vom Abzug frei bleiben. Das entspricht dem Abzug von 120 M. pro Kopf an der Steuer. Jede Veranlagung der Lohn- und Gehaltseinkommen von weniger als 24 000 M. soll unterbleiben, wenn der Steuerpflichtige nicht zugleich Einkommen aus andern Quellen in nennenswerter Höhe hat. Die Steuerbehörde wird entlastet von dieser großen Arbeit. Nachforderungen an die Lohn- und Gehaltsempfänger sind ausgeschlossen.

Gegenstandslos würde auch die Besteuerung des steuerfreien Einkommensteils, die den Gemeinden überlassen ist. Die hierfür bereits getroffenen landesgesetzlichen Vorschriften und gefaßten Gemeindebeschlüsse wären wieder aufzuheben, den Gemeinden aber müßte ein Ersatz für die ihnen entgehende Einnahme vom Reich gewährt werden.

Die Wirkung des neuen Vorschlags ergibt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Steuersätze nach dem geltenden Gesetz und dem neuen Vorschlag.

Steuerbares Einkommen	Junggeselle Gesetz	Junggeselle Vorschlag	Verheirateter Steuerpflichtiger mit 2 Kindern Gesetz	2 Kindern Vorschlag	5 Kindern Gesetz	5 Kindern Vorschlag
10 000 M.	1 175	665	735	400	450	40
15 000 M.	2 195	1 090	1 735	900	1 455	540
20 000 M.	3 440	1 490	2 925	1 400	2 350	1 040
25 000 M.	4 815	2 450	[illegible]	2 000	3 840	1 540
50 000 M.	13 000	9 090	12 340	9 500	11 850	9 140
100 000 M.	33 825	32 490	32 725	32 000	32 300	31 640

Die Entlastung, die hiernach für die kleinen Einkommen eintritt, kann uns nicht genügen. Merkwürdigerweise sind bei den Vorschlägen der Mehrheitsparteien die nach dem geltenden Gesetz zulässigen Abzüge für Versicherungsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Kosten der Fahrt zur Arbeitsstätte usw. völlig verschwunden. [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210311/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG